I
01
Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 00323/2021 des Ortsbeirates Weststadt
Betreff: Weiterentwicklung des Quartiersmanagements Weststadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die WGS anzuweisen, sich mit 10.000 € an der Weiterentwicklung des Quartiersmanagements der Weststadt für das Jahr 2022 zu beteiligen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des Quartiersmanagements in der Weststadt im Rahmen einer institutionellen Förderung durch die LH-Schwerin in die Haushaltsplanung für die Jahre 2023 ff. aufzunehmen.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

zu Punkt 1.)

Entsprechend ihres Leitbildes fördert die WGS Initiativen, Integration und stabile Nachbarschaften in ihren Quartieren.

Die WGS verfügt im Bereich Weststadt über 1.063 Wohnungen, wobei die Bestände durch relativ geringe Leerstände und eine geringe Fluktuation gekennzeichnet sind. Der hier genannte Einmalaufwand i.H.v. 10.000 Euro für die Sicherstellung des Quartiersmanagements ist aus finanzieller und betriebswirtschaftlicher Sicht hinnehmbar. Entsprechend des Leitbildes kämen die einzusetzenden Mittel im Rahmen der Mieterbetreuung der Mieterschaft in der Weststadt zu Gute. Mit einer gemeinsamen Zwischenfinanzierung kann ferner auch die Zusammenarbeit mit den anderen großen Vermietern, namentlich die Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft eG (NL) sowie die Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG (SWG eG), verstetigt werden.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass eine Finanzierung durch städtische Gesellschaften für im Haushalt als freiwillig zu qualifizierende Aufgaben, dann nicht hinnehmbar sind, wenn dies mittels einer Gesellschafterweisung erfolgen soll. Hier sollte grundsätzlich die Position der Geschäftsführung und ggf. des Aufsichtsrates berücksichtigt werden. Nur so kann dauerhaft die Leistungsfähigkeit der städtischen Gesellschaften gewährleistet werden. Schließlich ist die wirtschaftliche Lage insbesondere der großen städtischen Unternehmen nicht so, dass diese gänzlich ohne finanzierungssichernde Instrumente (Patronatserklärungen, Bürgschaften) durch die Landeshauptstadt auskommen.

zu Punkt 2.)

Da es sich um eine neue freiwillige Aufgabe handelt, sollte die Stadtvertretung im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens für die Jahre 2023/2024 über die Aufnahme der Förderung in den Haushalt beraten und entscheiden. Der Ortsbeirat wird gebeten, zur Beschlussvorlage der Verwaltung (voraussichtliche Einbringung im August 2022) einen separaten Antrag zu stellen. Gleichzeitig wird die Verwaltung prüfen, ein bereits bestehendes Förderprogramm für die Finanzierung zu nutzen.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

10.000 Euro

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Es wird empfohlen: Die Entscheidung obliegt der Stadtvertretung.

Dr. Rico Badenschier